

Der Osten steht auf – Vollende die Wende!



30 Jahre nach der friedlichen Revolution und der politischen Wende in Ostdeutschland ist der Wille zur Veränderung in großen Teilen der Bevölkerung zu spüren.

Damals gingen zigtausende Menschen in der DDR auf die Straße, um friedlich gegen das totalitäre SED-Regime zu protestieren und einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen. Zu Recht können wir Deutschen stolz auf diese »friedliche Revolution« von 1989 sein.

Es waren vor allem die Sehnsucht nach Freiheit, die Unzufriedenheit mit einer zunehmend maroden Wirtschaft, das Meinungsdictat der marxistisch-leninistischen Propagandisten und die allgegenwärtige Angst vor den Abhör- und Vergeltungsmaßnahmen der Staatssicherheit und ihrer Spitzel, die den Alltag der DDR-Bürger beherrschten und die zum Widerstand führten. Viele der Älteren, die diese Zeit bewusst

erlebt haben, fühlen sich inzwischen wieder an das Endstadium der DDR erinnert:

Wieder verkommt ein Land, weil seine Führung verbohrte einer zerstörerischen Ideologie folgt.

Wieder wird ein Land von einer arroganten »politischen Elite« ins Chaos regiert.

Wieder steht ein »breites gesellschaftliches Bündnis« aus Blockpartei-Funktionären und anderen »Engagierten« hinter der Staatsführung und bekämpft die einzige Opposition.

Wie damals gehen heute unbeugsame Bürger auf die Straße, um ihre Rechte einzufordern. Wieder werden diese Bürgerrechtler von Schlägern verfolgt, von den Medien diffamiert und in ihren Betrieben denunziert. Und wieder wollen Politiker der Blockparteien einen Inlandsgeheimdienst dazu miss-

brauchen, um ihre Herrschaft vor dem Volkswillen zu schützen.

Der Riss geht heute mitten durch die Gesellschaft und durch die Familien. Die Schere zwischen Ost und West öffnet sich wieder, anstatt sich zu schließen. Bürger, die sich berechnete Sorgen über ihre Zukunft und die ihrer Kinder machen, werden von den politisch Verantwortlichen nicht gehört und schon gar nicht ernst genommen. Man beschimpft sie als Mob und beleidigt sie als »Pack« mit Hang zum Rechtsextremen.

Die Menschen im Osten haben ein besonders Gespür für diese Situation in unserer Gesellschaft – und dafür, was Recht und Unrecht ist. Sie haben das alles schon einmal erlebt und sie wissen um die Kraft einer starken Gemeinschaft.

Zum Glück sind Wahlen noch nicht verboten. Zwar werden Wahlkämpfe massiv gestört und Stim-

menauszählungen manipuliert, aber noch hat man die Möglichkeit und kann das alte, erstarrte Machtkartell abwählen.

Wir brauchen eine Wende 2.0. Und diese Wende geht wieder vom Osten aus und wieder sind Sachsen, Thüringen und Brandenburg das Herz des Widerstandes!

Für eine friedliche Revolution auf dem Stimmzettel:

**Am 27. Oktober:
Deine Stimme für die AfD!**

1989 | 2019 – Damals und heute: Wir sind das Volk!



ab Seite 3: Interview mit Björn Höcke

Seite 12: Werden Sie Beobachter oder Wahlhelfer!

Umbrüche: ein Blick auf die Parteien



Das politische Klima ist rau wie selten zuvor seit der Wiedervereinigung. Davon profitieren zwei Lager:

- In den alten Bundesländern sind dies die Grünen, deren Mischung aus Panikmache, Heilsversprechen und der Aussicht auf ein paar schulfreie Freitage vor allem bei schlichteren Gemütern mit Herdenmentalität wirkt.

- In den neuen Bundesländern etabliert sich die AfD als einzige Opposition gegen Masseneinwanderung, gegen staatlich verordnete Ideologie und gegen die Einschränkung der freien Meinungsäußerung.

Die Polarisierung ist die zwangsläufige Folge des Parteienversagens einer alles andere als großen Koalition, die über Jahre alle Restbestände konservativen und sozialdemokratischen Handelns – die früher beide auf eine starke gesellschaftliche Solidarität in Deutschland hin angelegt waren – aufgegeben haben.

Längst ist deutlich, dass die Anbiederung an den selbstgefälligen linksliberalen Meinungsjournalismus den Machterhalt der Koalition zwar verlängert hat, allerdings um den Preis einer Entfremdung des Bürgers vom politischen System, die sogar droht, in eine Entfremdung von der Demokratie umzuschlagen. Dass hierbei das Stichwort „DDR 2.0“ die Runde macht, überrascht nicht, denn Herrschaftsmechanismen, Überheblichkeit und Bürgervergessenheit der Regierenden ähneln sich erheblich.

Und die Union? Von einer Führung, deren Hauptmerkmale Prinzipienlosigkeit und plumpe Anbiederung an den linken Zeitgeist sind, ist keine Veränderung zu erwarten. Auch die wenigen in der CDU verbliebenen Konservativen wissen: Nur ein starkes Abschneiden der AfD bei den kommenden Wahlen wird ihre Partei dazu bringen, sich

von ihrer fatalen Linksdrift zu verabschieden, die Illusionen und Verirrungen der Merkel-Ära hinter sich zu lassen und wieder zu einer Volkspartei zu werden, die diese Bezeichnung auch verdient.

Den Bürgern, die sich um die Früchte der 1989 errungenen Freiheit betrogen sehen, bleiben nur die als „radikal“ gescholtenen Parteien. Dass sich hierbei ausgerechnet die Linke als SED-Nachfolgerin als Kraft für die Erneuerung der Demokratie darstellen möchte, ist an Heuchelei kaum zu überbieten.

Denn auch die Linke hat sich längst bestens mit der Macht arrangiert. Sie ist weit davon entfernt, eine Politik für deutsche Arbeitnehmer zu betreiben. Denn diese haben kein Interesse an ungehemmter Zuwanderung, die die Konkurrenz im Niedriglohnsektor steigert und die Löhne zusätzlich drückt. Weitere Merkmale der heutigen Linken sind die kostspielige Klientelpolitik für realitätsfremde Genderforschung sowie für selbsternannte „Antifaschisten“, die ihre Aufgabe vor allem darin sehen, unsere Partei, aber auch freie Bürger- und Protestbewegungen gewaltsam an der Ausübung ihres Versammlungsrechts zu hindern.

Die Polarisierung der Politik hat bereits zu einem heftigen Schlagabtausch in Deutschland geführt. Dieser war – und ist – unvermeidlich und hat dem Bürger endlich wieder eine Rolle in der lange Zeit als „alternativlos“ dargestellten Politik verschafft. Es ist nicht verwunderlich, dass unsere Partei am allermeisten von jenen Kräften gefürchtet werden muss, die eine völlige und unwiderrufliche Aufgabe nationaler Politik, Wirtschaft und Kultur anstreben – von jenen, die aus einem gewachsenen Volk eine „Bevölkerung“ machen möchten, die sich umso leichter mit bedeutungs-

losen Boulevardnachrichten, mit „Gender“- und Klimadiskussionen von den sozialen Fragen der Zeit ablenken lässt.

Glücklicherweise dreht sich der Wind gerade – und das nicht nur in Deutschland; blickt man über den engen geistigen Tellerrand der Leitmedien und staatsnahen Meinungsmacher in den sozialen Netzwerken hinaus, so zeigt sich, dass konservative und nationale Kräfte

an Bedeutung gewinnen: In vielen europäischen Staaten hat man längst verstanden, was hierzulande noch als Ketzerei gilt: Dass es an der Zeit ist, sich auf die Interessen der Bürger zurückzubedenken. Denn Volksherrschaft geht vom Volk aus, nicht von den Funktionären der Altparteien und ihren zwangsfinanzierten Staatsmedien.

Wolfgang Klinghammer



Interview mit Björn Höcke

Herr Höcke, welche Bilanz ziehen Sie für Ihre Fraktion nach der ersten Legislaturperiode der AfD im Thüringer Landtag?

Es war leider wie erwartet: Die Altparteien sind nicht bereit, über Parteigrenzen hinweg für unser Land zu arbeiten. Wir haben uns von Beginn an kooperationsbereit gezeigt, vernünftigen Anträgen anderer Fraktionen zugestimmt und beispielsweise den Präsidenten des Thüringer Rechnungshofes mitgewählt, obwohl er ein Kandidat der Regierungskoalition ist. Er leistet dennoch gute Arbeit und ist ein Gewinn für Thüringen. Vernunft muss immer wichtiger sein als das politische Ränkespiel. Leider ist es bei den Altparteien häufig anders!

Insgesamt konnten wir in dieser Legislaturperiode häufig den Finger in die Wunde legen und formulierten dort klare Gegenpositionen, wo die CDU, die ohne Murren seit Jahrzehnten den linksbunten Zeitgeist umsetzt, nur Wischwaschi-Opposition betrieb: Wir wollen keine illegalen Einwanderer integrieren und hunderte Millionen allein in Thüringen jedes Jahr für unsere Selbstabschaffung ausgeben. Wir sind klar gegen den weiteren Aufbau von Windrädern – insbesondere im ländlichen Raum. Wir sind gegen die Frühsexualisierung unserer Kinder in Kindergärten und Grundschulen. Wir stehen für den Erhalt des Förderschulsystems!

Besonders stolz sind wir auch darauf, dass es uns gelungen ist, Rot-Rot-Grün in ganz wichtigen Fragen vor uns her zu treiben: Nach 20 Jahren müder Diskussion um die Abschaffung der Straußenausbaubeiträge haben wir es mit unserem Antrag im April 2018 geschafft, den entscheidenden Impuls zu setzen. Erst danach sprangen die anderen Fraktionen auf den Zug auf. AfD wirkt – auch in der Opposition. Was aber nicht bedeutet, dass wir Opposition bleiben wollen.

30 Jahre nach der Wiedervereinigung und der Wende fühlen sich viele Menschen im Osten weiter benachteiligt, so auch in Thüringen. Was tut die AfD für die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West und die Anerkennung der Lebensleistung insbesondere der Thüringer?

Zuerst einmal sind wir der Überzeugung, dass das, was hier im Einigungsprozess schiefgelaufen ist, endlich aufgeklärt werden muss. Die systematische Deindustrialisierung Thüringens, vor allem durch die Machenschaften der Treuhand in der Nachwendezeit, muss aufgearbeitet werden! Deshalb wollen wir einen Untersuchungsausschuss in der



neuen Legislatur einsetzen.

Die Fehlentwicklungen von Jahrzehnten sind natürlich nicht in wenigen Jahren zu korrigieren. Aber man muss damit anfangen. Das haben wir getan. Ein konkretes Projekt hieß Vergabemindestlohn.

Im Zuge einer Rentenrede forderte ich den Vergabemindestlohn im Thüringer Plenum. Und heute ist er Realität. Und sogar die Höhe wurde von der Regierungskoalition übernommen!

Im Durchschnitt verdient eine in Thüringen beschäftigte Person 76 Prozent einer westdeutschen Person. Das ist ein für uns inakzeptabler Zustand. Gleiches Geld für gleiche Arbeit – das ist unsere Forderung! Hier hat auch der Freistaat Thüringen die Pflicht, seinen Beitrag zu leisten. Darum forderten wir einen Vergabemindestlohn für staatliche Aufträge, der um diese 24 Prozent Abstand höher liegt als der allgemeinverbindliche Mindestlohn. Dies wären aktuell jene 11,40 Euro, die dann Rot-Rot-Grün fast auf den Cent genau abgeschrieben und festgeschrieben hat.

Für die Zukunft setzen wir uns als AfD für eine Investitions- und Industrialisierungsoffensive ein. Es

darf nicht sein, dass, so plant es die Ramelow-Regierung, die Investitionen mittelfristig sogar sinken. So wird das nichts mit der Angleichung der Lebensverhältnisse. Die AfD hat Vertrauen in den Fleiß der Thüringer und in unsere Zukunft, darum wollen wir auch in Zukunftstechnologie, Infrastruktur, Familien, Bildung und Gesundheit investieren.

Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag hat sich mit verschiedenen Politikfeldern befasst und eine Reihe von Positionspapieren veröffentlicht. Bei welchen Themen sehen Sie die Schwerpunkte der Politik der AfD in Thüringen?

Die AfD Thüringen versteht sich auch als inhaltlicher Motor der ganzen Partei. Wir wollen diskutieren und zur Diskussion anregen. Grundsätzlich wollen wir in allen relevanten Politikbereichen fundierte Arbeit leisten. Aber wenn Sie mich nach den Schwerpunkten fragen, sind es die bedrohte innere Sicherheit, als Lehrer natürlich die Bildungspolitik, als vierfacher Vater die Familienpolitik, und als Mensch, der für die Solidarität der Generationen streitet, die Sozialpolitik.

Ein Thema, mit dem wir bundes-

weit Schlagzeilen gemacht haben, ist unser Thüringer Rentenpapier. Auf 50 Seiten haben wir mit Mythen und Falschaussagen aufgeräumt und gezeigt, dass gute Renten möglich sind. Wir müssen nur endlich wieder die richtigen Prioritäten setzen: Wir wollen die vielen Milliarden Euro, die heute vergeudet werden für illegale Einwanderung, für die längst gescheiterte Energiewende oder auch für Kriege wie in Afghanistan lieber unseren Großeltern zu Gute kommen lassen.

Ist die Sozialpolitik nicht eher ein Thema für die Sozialdemokraten? Warum ist das eine Schwerpunktaufgabe für die AfD Thüringen?

Die AfD hat sich gegründet, weil die anderen Parteien in ihren Politikfeldern versagen. Die CDU zerstörte mit der Migrationspolitik von Merkel die innere Sicherheit. Die SPD zerstörte mit der Agenda 2010 und Hartz-IV die soziale Sicherheit. Um beide Bereiche müssen wir uns als AfD jetzt umso dringender kümmern.

Ich will auch nicht gelten lassen, dass Sozialpolitik „links“ oder „sozialdemokratisch“ sei: Unter den konservativen CDU-Politikern Konrad Adenauer und Ludwig Erhardt stiegen in der 50er und 60er Jahren die Löhne und Renten so stark wie niemals zuvor oder danach. Beide würde man heute als „rechts“ bezeichnen.

Der Klimawandel ist samt seiner Folgen derzeit in aller Munde. Wie beurteilen Sie als Thüringer Politiker die geplanten Stromtrassen durch den Freistaat und die Forcierung des Windkraftausbaus als Beitrag für die Energiewende und den Klimaschutz?

Mir blutet das patriotische Herz, wenn ich sehe, dass große Flächen etwa im Thüringer Wald und der Thüringischen Rhön abgeholzt werden sollen, um dann dort Windkraft- räder als Industrieanlagen zu bauen. Mit der AfD wird es keinen weiteren Windkraftausbau und auch keine Stromtrassen wie SuedLink geben. Punkt!

Und bitte bedenken Sie: Selbst wenn der Krieg gegen den Diesel fortgeführt wird und wir Deutschland deindustrialisieren, werden wir den Klimawandel nicht aufhalten, sondern lediglich unsere wirtschaftliche Existenz vernichten. Hintergrund ist, dass Deutschland nur für 2,2 Prozent des vom Menschen erzeugten CO₂ verantwortlich ist. Die USA, China und Indien, die über 50 Prozent verursachen, sind aber aus allen Klimaschutzabkommen ausgestiegen.

weiter auf Seite 4

Weltweit sind zurzeit über 1300 Kohlekraftwerke in Planung, während wir nach dem Willen der Altparteien trotz modernster Filtertechnologie in 19 Jahren komplett aus der Braunkohleverstromung aussteigen und damit einen kompletten Wirtschaftszweig stilllegen sollen. Das ist nicht nur eine Politik ohne Augenmaß, das ist eine Politik gegen den gesunden Menschenverstand!

Wir müssen uns auf den Klimawandel vorbereiten, ob er nun menschengemacht ist oder nicht: Wenn es mehr regnet, müssen wir uns um das Kanalisationssystem kümmern, nicht Windräder bauen. Wie gefährlich innerstädtische Wassermassen werden können, mussten die Menschen im Landkreis Schmalkalden-Meiningen 2013 oder in Ilmenau 2016 feststellen. Die Altparteien, allen voran die Grünen, rauben uns mit ihren Windrädern Zeit, Geld und Nerven, die für die Klimaanpassung besser eingesetzt wären.

In der Debatte um die Flüchtlingskrise haben Sie im Jahr 2015 eine Zuwanderung von minus 220.000 Flüchtlingen pro Jahr nach Deutschland gefordert. Bleiben Sie bei Ihrer Forderung und wie sehen Sie die Migrationspolitik der Bundesregierung und der Thüringer Landesregierung heute?

Wenn man sich vergegenwärtigt, dass noch immer jedes Jahr eine Stadt in der Größenordnung von Erfurt illegal nach Deutschland einreist, dann müsste ich die Forderung eigentlich neu aufstellen: Eine Abwanderung von 300.000 Flüchtlingen pro Jahr!

Tatsache ist, dass die Altparteien aus Deutschland ein Sozialhilfeempfängereinwanderungs- und Fachkräfteauswanderungsland gemacht haben.

Nehmen Sie beispielsweise das Hartz-IV-System: Der Ausländeranteil hat sich dort in den letzten zehn Jahren beinahe verdoppelt. Gegenwärtig haben über 33 Prozent der Hartz-IV-Bezieher keinen deutschen Pass. Die Altparteien lassen Millionen in unsere Sozialsysteme einwandern, während sie ohne mit der

Wimper zu zucken die eigenen Leute in die Altersarmut schicken. Das ist skandalös und das gibt es so in keinem anderen Land der Welt!

Neue Zahlen des Berlin-Instituts prognostizieren ein Bevölkerungswachstum im subsaharischen Afrika von heute 1,1 Milliarden auf 1,4 Milliarden Menschen im Jahr 2030. Das ist praktisch übermorgen.

Wenn wir unsere Grenzen nicht sichern, dann werden wir in Deutschland und Europa einen Kultur- und Zivilisationsbruch historischen Ausmaßes erleben und erleiden.

Eine Politik, die das nicht nur zulässt, sondern aktiv anstrebt – ich erinnere hier an den von allen Altparteien mitgetragenen Migrationspakt – versündigt sich an der Zukunft unserer Kinder!

Herr Höcke, die aktuellen Wahlumfragen sehen die AfD in einer Spitzenposition in Thüringen. Was hätten die Bürger im Freistaat von einem AfD-Ministerpräsidenten zu erwarten?

Bei dieser Frage muss ich spontan an Bodo Ramelow denken, wie er mit der Flüstertüte in der Hand am

5. September 2015 auf dem Bahnsteig in Saalfeld stand und die ersten fünfhundert Flüchtlinge, überwiegend junge Männer aus dem islamischen Kulturkreis, begrüßte. Er rief dabei sichtbar gerührt aus:

„Inshallah – das ist der schönste Tag meines Lebens“. Für mich war das damals ein weiterer Beleg für die Infantilisierung thüringischer und deutscher Politik. Ein AfD-Ministerpräsident würde demgegenüber eine Politik machen, die auf gesundem Menschenverstand basiert und klar an den Interessen des eigenen Landes ausgerichtet ist. Die Bürger können also eine Politik erwarten, die die Thüringer wieder in den Mittelpunkt des Handelns stellt.

Es geht dann nicht länger um irgendwelche ideologischen Weltrettungsprojekte. Es geht dann wieder um unsere Heimat und darum, das Leben von unseren Bürgern einfacher und sicherer zu machen!

Danke für das Gespräch, wir wünschen viel Erfolg – die Redaktion der Thüringenpost

Unsere Landtagskandidaten

Björn Höcke	Wahlkreis 1 - Eichsfeld I und Listenplatz 1
Jürgen Schwerdt	Wahlkreis 2 - Eichsfeld II und Listenplatz 32
Rene Strube	Wahlkreis 3 - Nordhausen I und Listenplatz 35
Andreas Leupold	Wahlkreis 4 - Nordhausen II und Listenplatz 22
Stefan Mäurer	Wahlkreis 5 - Wartburgkreis I
Susi Schreiber	Wahlkreis 6 - Wartburgkreis II/ Eisenach
Klaus Stöber	Wahlkreis 7 - Wartburgkreis III und Listenplatz 15
Thomas Gröger	Wahlkreis 8 - Unstrut-Hainich-Kreis I und Listenplatz 20
Lars Schütze	Wahlkreis 9 - Unstrut-Hainich-Kreis II
Ralf Köhler	Wahlkreis 10 - Kyffhäuserkreis/ Eichsfeld III
Jens Cotta	Wahlkreis 11 - Kyffhäuserkreis II und Listenplatz 8
Klaus Tumma	Wahlkreis 12 - Schmalkalden-Meiningen I
René Aust	Wahlkreis 13 - Schmalkalden-Meiningen II
Birger Gröning	Wahlkreis 14 - Gotha I und Listenplatz 26
Stephan Steinbrück	Wahlkreis 15 - Gotha II
Stefan Schröder	Wahlkreis 16 - Sömmerda/ Gotha III und Listenplatz 24
Torsten Czuppon	Wahlkreis 17 - Sömmerda II und Listenplatz 13
Nadine Hoffmann	Wahlkreis 18 - Hildburghausen I / Schmalkalden-Meiningen III und Listenplatz 19
Robert Sesselmann	Wahlkreis 19 - Sonneberg I und Listenplatz 5
Holger Winterstein	Wahlkreis 20 - Hildburghausen II/ Sonneberg II und Listenplatz 30
Martina Stier	Wahlkreis 21 - Suhl/ Schmalkalden-Meiningen IV
Dr. Jens Dietrich	Wahlkreis 22 - Ilmkreis I und Listenplatz 23
Olaf Kießling	Wahlkreis 23 - Ilmkreis II und Listenplatz 9
Corinna Herold	Wahlkreis 24 - Erfurt I und Listenplatz 10
Marek Erfurth	Wahlkreis 26 - Erfurt III
Stefan Möller	Wahlkreis 27 - Erfurt IV und Listenplatz 2

Karlheinz Frosch	Wahlkreis 28 - Saalfeld-Rudolstadt I
Prof. Dr. Michael Kaufmann	Wahlkreis 29 - Saalfeld-Rudolstadt II und Listenplatz 7
Torben Braga	Wahlkreis 30 - Weimarer Land/ Saalfeld-Rudolstadt III und Listenplatz 6
Ulrich Kühn	Wahlkreis 31 - Weimar/ Weimarer Land II und Listenplatz 27
Uwe Thrum	Wahlkreis 33 - Saale-Orla-Kreis I
Heiko Bergner	Wahlkreis 34 - Saale-Orla-Kreis II
Dirk Luge	Wahlkreis 35 - Saale-Holzland-Kreis I
Jörg Henke	Wahlkreis 36 - Saale-Holzland-Kreis II und Listenplatz 11
Denny Jankowski	Wahlkreis 37 - Jena I und Listenplatz 3
Tosca Kniese	Wahlkreis 38 - Jena II und Listenplatz 4
Sigvald Hahn	Wahlkreis 40 - Greiz II und Listenplatz 28
Dieter Laudenschlag	Wahlkreis 41 - Gera I und Listenplatz 12
Dr. med. Wolfgang Lauerwald	Wahlkreis 42 - Gera II und Listenplatz 21
Thomas Rudy	Wahlkreis 43 - Altenburger Land I und Listenplatz 17
Uwe Rückert	Wahlkreis 44 - Altenburger Land II
Ringo Mühlmann	Listenplatz 14
Sebastian Thieler	Listenplatz 16
Ingo Zickler	Listenplatz 18
Ralf Hornemann	Listenplatz 25
Martin Jacob	Listenplatz 30
Björn Hornschu	Listenplatz 32
Heike Gnatowski	Listenplatz 33
Mirella Blaurock	Listenplatz 35



Die Bilanz der Merkel-Ära



Angela Merkel trat ihr Amt 2005 an. Die Ergebnisse ihrer Regierungszeit, deren längst überfälliges Ende auch durch die Erfolge der AfD eingalüdet wurde, lassen sich allerorts beobachten.

Besonders eklatant zeigen sich Verfallserscheinungen im Bereich der **inneren und äußeren Sicherheit** sowie der **Rechtsstaatlichkeit**: In vielen Städten existieren kriminelle Clans und Parallelgesellschaften, die längst das Recht in die eigene Hand genommen haben.

Die gesellschaftliche Anerkennung von Bundeswehrangehörigen ist niedrig wie nie zuvor – vor allem deshalb, weil linke Politiker und Journalisten die Armee zutiefst verachten und pauschal rechtsextremistischer Tendenzen beschuldigen – andererseits bestehen von politischer Seite keine Hemmungen, die jungen Soldatinnen und Soldaten unter humanitärem Vorwand in gefährliche Einsätze zu schicken, die sich jederzeit als tödliche Falle erweisen können. Die meisten dieser Einsätze können und werden keine Verbesserung in den Krisenländern erzielen,

sondern dienen lediglich dazu, den USA symbolische Unterstützung zu leisten.

In Armee, Luftwaffe und Marine mangelt es sowohl an Rekruten wie auch an Ausrüstung. Unterdessen beschäftigt man im Verteidigungsministerium hochbezahlte Imageberater, scheitert an der Aufrechterhaltung grundlegendster Technik und fantasiert gar vom anachronistischen Projekt eines Flugzeugträgers.

Wirtschaftlich und sozial wird der Staatshaushalt massiv durch die anhaltende Einwanderung in das soziale Netz, die Überforderung von Verwaltung, Schulen und Polizei belastet. So entstehen Kosten von mehreren Dutzend Milliarden Euro pro Jahr, wobei eine genaue Abschätzung durch die Aufteilung der Haushalte und die Verschleierungstaktiken der Behörden unmöglich ist.

Alle diese Ausgaben stellen allerdings nur einen Bruchteil des Risikos dar, das dem Bundshaushalt droht, falls es erneut zu einem Ausfall von Krediten innerhalb der EU (TARGET-Salden) kommt. Denn die

Europäische Zentralbank hat viel zu lange die schädliche Niedrigzinspolitik fortgeführt und steht einer erneuten Krise damit hilflos gegenüber.

Kulturell finanziert der Staat eine Szene von „Kulturschaffenden“, die einem linken Zeitgeist folgen. Deren Hauptengagement besteht darin, das Fremde zu verherrlichen und das Eigene verächtlich zu machen. Diese Art Kulturschaffender ist sich übrigens nicht zu schade, die Bürger einzuschüchtern und zu maßregeln, falls diese nicht die gewünschte Wahlentscheidung treffen, wie der Fall der OB-Wahl von Görlitz gezeigt hat.

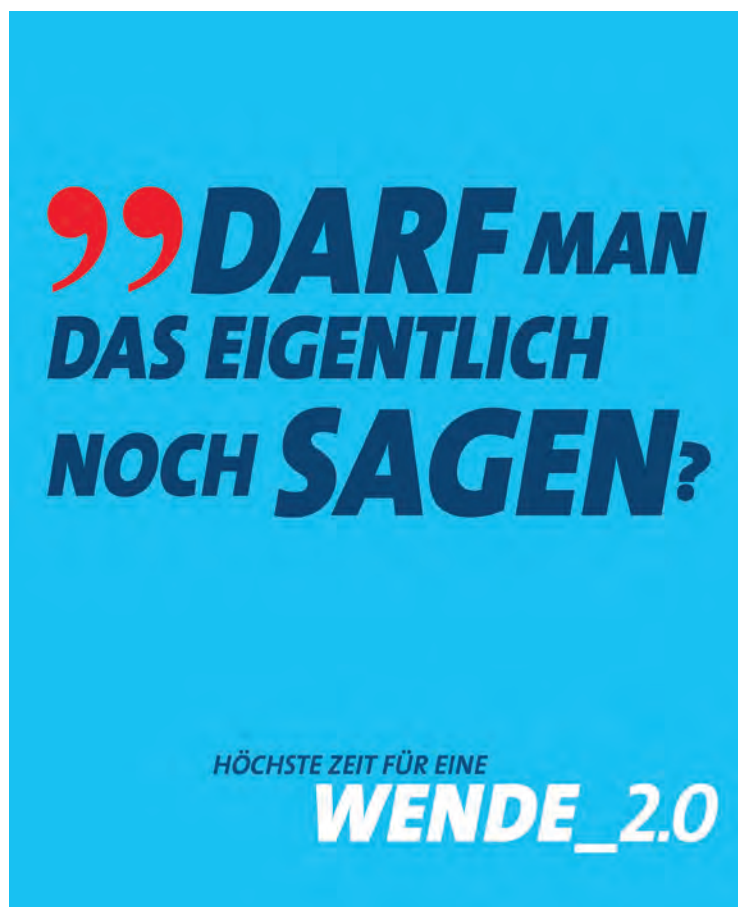
Medial zeigt sich, dass weder die regierungsnahen Hofberichterstattung des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks noch die großen Zeitungskonzerne in Privat- oder Parteibesitz in der Lage sind, die Krisen im Land zu herunterzuspielen oder zu beschönigen. Das medial erzeugte Bild jedenfalls hat wenig mit dem zu tun, was Bürger täglich sehen, spüren und erleben. Gerade hier in Thüringen zeigt sich die Angst der Leitmedien vor einer offenen Diskussion immer wieder deutlich: „Kommentare sind für diesen Artikel deaktiviert“.

Parteipolitisch hat sich die CDU, deren interne Diskussion bis dato unterdrückt wurde, längst von ihrer Ex-Vorsitzenden abgewandt. Weit und breit ist kein Nachfolger von Format in Sicht und die derzeitige CDU-Vorsitzende war bereits ohne das zusätzliche Amt als Verteidigungsministerin bei weitem überfordert.

Persönlich kann sich die CDU-Führung in vielen Teilen des Landes nicht mehr blicken lassen, ohne auf den Widerstand derer zu stoßen, deren Lebensbedingungen sie so massiv verschlechtert hat und die jedes Vertrauen in den Staat und seine Funktionsfähigkeit verloren haben.

Wie sehr inzwischen auch der Staat den Bürgern misstraut, zeigt sich an den Plänen, den Reichstag mit einem Burggraben zu umgeben; Die Symbolik ist ebenso unmissverständlich wie düster. Kommt es nicht zu einem raschen und umfassenden Wandel in Mentalität und Politik, wird man sich für die kommenden Jahren auf weitere, schwere Verwerfungen einstellen müssen.

Wolfgang Klinghammer



Das Märchen von der gesunkenen Kriminalität



Seit zwei Jahren hören wir täglich Meldungen über Gewaltkriminalität besonders schlimmen Ausmaßes. Berichte über Vergewaltigungen und Übergriffe auf hilflose Frauen durch ‚Männer‘ oder gar ‚Männergruppen‘. Wir lesen wöchentlich von Mord und Totschlag durch Messerattacken – einem Kriminalitätsphänomen, um welches man sich vor 2015 keine Sorgen machen musste.

Wir sehen, dass seit drei Jahren unsere Straßenfeste durch Betonpoller gegen islamistische Lastwagenattentate gesichert werden müssen. Und gar nicht so selten enden unsere Straßenfeste trotzdem vorzeitig durch Aggressionen von ‚Männergruppen‘, in schlimmen Fällen mit Mord wie beim Chemnitzer Stadtfest.

Dieser Sommer setzte weitere schlimme Maßstäbe: gleich zu Beginn der heißen Jahreszeit wurde von Aggressionen und Gewalt in westdeutschen Freibädern berichtet, die bisher undenkbar waren. Auf den sommertäglichen Familienbesuch im Freibad, der zu meinen schönsten Kindheiterinnerungen zählt, verzichteten nun viele Familien aus Angst.

Als nächstes wurden zwei Menschen vorsätzlich ermordet, indem man sie vor den einfahrenden Zug stieß. Eine Familie verlor in Voerde auf diese Weise die Mutter und

Ehefrau. Ein kleiner achtjähriger Junge, der mit seiner Mutter auf dem Weg in den Urlaub war, starb auf dieselbe Weise im Frankfurter Hauptbahnhof. Seit über 180 Jahren gibt es Eisenbahnen in Deutschland. Aber erst seit diesem Sommer muss darüber nachgedacht werden, wie verhindert wird, dass Menschen vor Züge gestoßen werden!

Was hat Deutschland so verändert? Was hat unsere öffentlichen Plätze, unsere Straßenfeste, unsere Freibäder, Parks und Bahnhöfe zu Kriminalitätskloaken gemacht? Orte, an denen man plötzlich Gefahr läuft, Opfer von Kriminalität zu werden, die man früher höchstens aus dem Krimi oder den Nachrichten über ferne Länder kannte.

Verändert hat dieses Land der vorsätzliche Kontrollverlust über unsere Grenzen! Zu uns sind nämlich nicht nur ‚Schutzsuchende‘ oder ‚Fachkräfte‘ gekommen. Im Sommer 2015 konnte man an den Grenzen Griechenlands und Ungarns erkennen, was für eine massive Gewaltbereitschaft auf uns zu rollt. Trotzdem wurden die Warnungen der AfD unmittelbar vor der Asylkrise als rassistisch verdammt. Sämtliche Altparteien bemühten sich, dem Bürger die Völkerwanderung schmackhaft zu machen oder als ‚alternativlos‘ zu schildern.

Deswegen ließ man ohne Kontrolle jeden rein, auch Terroristen, kriminelle Glücksritter und Abenteuerer. Aus diesem Grund sahen die politischen Führungsetagen und die Behörden weg, als viele ausländische Intensivtäter nicht nur leicht zu durchschauende falsche Identitäten angaben, sondern auch erfundene ‚Fluchtgründe‘. Sie dulden daher auch bis heute, dass selbst schwerstrafbare somalische Piraten oder arabische und afrikanische Intensivtäter mit über 50 Ermittlungsverfahren im Land bleiben können.

Wir erleben nun die Folgen dieser Einwanderungspolitik in Form einer beispiellosen Kriminalitätswelle. Allen Beschwichtigungsversuchen von Politik, Presse und Rundfunk zum Trotz gibt die polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes

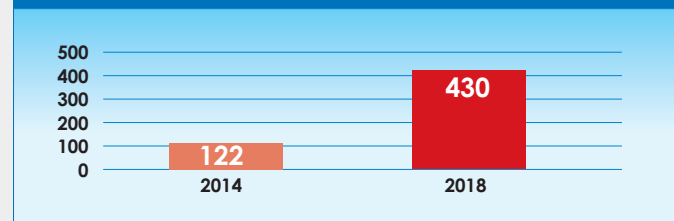
Auskunft über den dramatischen Anstieg der Ausländerkriminalität (vergleiche Grafik).

Diese Kriminalität von Einwanderern unterstreicht die Notwendigkeit einer konsequenten Wende in der Asyl- und Innenpolitik. Wir werden dies mit der erforderlichen Härte und Konsequenz genauso erfolgreich umsetzen, wie es in demokratischen Rechtsstaaten wie Australien, Polen, Tschechien oder Ungarn möglich ist. Natürlich steht die AfD Ausländern, die sich legal bei uns aufhalten, unsere Leitkultur und unsere Regeln akzeptieren, aufgeschlossen gegenüber. Aber auch in deren Sinne werden wir den Standard von Sicherheit und Ordnung wiederherstellen, den wir Thüringer jahrzehntlang gewohnt waren!

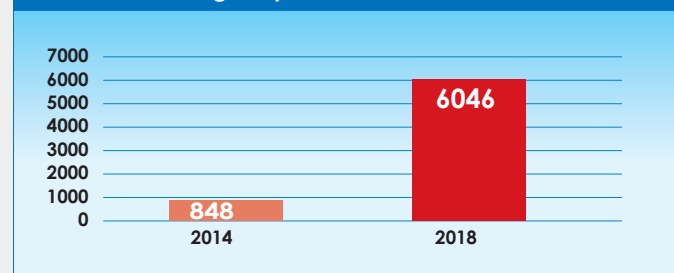
Stefan Möller, MdL

Geopferte Sicherheit

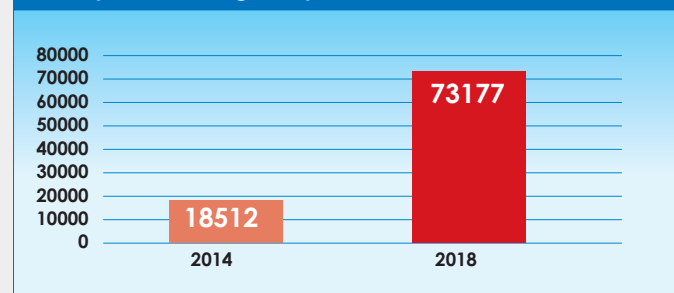
Straftaten gegen das Leben pro Jahr (Mord, Totschlag)



Sexuelle Übergriffe pro Jahr



Körperverletzung etc. pro Jahr



Jeweils aufgeklärte Delikte mit Beteiligung von mindestens einem Zuwanderer

Quelle: „Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2018“ des BKA

Der geschröpfte Mittelstand

Das deutsche Rückgrat wird gebrochen

Der deutsche Mittelstand ist der Antrieb Deutschlands, doch er wird ausgepresst wie eine Zitrone und ist mittlerweile bis zur Schmerzgrenze belastet: Steuern, Bürokratie, verschlissene Infrastruktur, Dieselverbot, horrenden Versicherungsbeiträge, Ausdünnung des ländlichen Raums und kleiner Städte sowie Digitalisierungsverzug setzen unserem wirtschaftlichen Rückgrat zu. Auch der um sich greifende Akademisierungswahn bei gleichzeitig sinkendem Bildungsniveau in den Schulen beutelt den Mittelstand. Hinzu kommen ideologische Spielchen wie Genderisierung öffentlicher Ausschreibungen und die damit einhergehenden Abmahnungen bei Zuwiderhandlung, Verwässerung des Wettbewerbsrechts und Abgaben wie die Rundfunkgebühr, der Datenschutzextremismus oder der Solidaritätszuschlag. Besonders negativ zu spüren ist auch der durch die Energiewende stetig steigende Strompreis.

Der Mittelstand wird so zum Spielball weltfremder und bürgerfeindlicher Politik, er wird degradiert zum Steueresel. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie es immer heißt, knebeln die mittelständischen



Foto: Pixabay / Hans Braxmeier

Unternehmen, durch Regulierungswut, Unternehmensfeindlichkeit und eine im europäischen Vergleich sehr hohe Steuer- und Abgabenlast.

Das ist verantwortungslos und gefährlich. Denn die kleinen und mittleren Unternehmen tragen einen Großteil der Arbeit und zur Wertschöpfung bei, sie halten als Selbständige, als Arbeitgeber und Angestellte den Laden am Laufen. All die zu hohen oder überflüssigen Bürden und Hürden werden in Kürze zum Kollaps des Mittelstandes führen, wenn nicht endlich gegengesteuert wird.



Foto: Pixabay / Laurent Schmidt

Und was fällt der „politischen Elite“ des Landes ein? Massenhafte Zuwanderung und illegale Einwanderung durch Asylbegehren von als Fachkräften verkauften Kultur-fremden, die im deutschen Sozialsystem landen, ohne je einen Cent eingezahlt zu haben. Womit der Abwärtstrend nur noch beschleunigt wird, denn „irgendwer“ muss ja das Geld dafür erwirtschaften. Hier zeigt sich wieder: Für die Altkader ist der Mittelstand nur zum Schröpfen da.

Das muss aufhören! Für den Mittelstand zu kämpfen heißt dabei auch, dass die in den Unternehmen Arbeitenden wieder wertgeschätzt werden, dass sie konkrete Hilfe bekommen, wenn die nötig ist, dass Unternehmensgründer und gut Ausgebildete Vertrauen gewinnen und nicht ins Ausland abwandern, wo sie weniger gegängelt werden, sich freier entfalten und ihre Lebensplanung besser umsetzen können. Wir reden hier schließlich von Menschen, die pflichtbewusst und fleißig arbeiten, die vielleicht eine Familie gründen wollen oder schon gegründet haben und diese jetzt gut versorgt wissen möchten.

Diese wahrlich einfache Erkenntnis ist den Altpolitikern vollkommen abhanden gekommen oder war nie da. Dieser Mangel an Realitätswahrnehmung und Wertschätzung, umgesetzt durch eine dekonstruktive politische Agenda, hat dazu geführt, dass es zum Beispiel weniger gewerbliche Gründungen als noch vor zehn Jahren gibt. Eine logische wie traurige Entwicklung. Wer will sich unter diesen Bedingungen denn

noch selbständig machen, eine Zukunft vor Augen, die mit zunehmender Bürgerferne in Berlin und Brüssel jährlich schlimmer wird?

Diejenigen welche in diesem Hamsterrad gefangen sind, denken immer öfter an den frühzeitigen Ruhestand. „Wie lange musst du noch?“, ist vermehrt zu hören. Auch das ist nachvollziehbar. Wir sprechen hier immerhin von Mitbürgern, die einen Berufsalltag meistern müssen, der sich mehr und mehr von der eigentlichen Arbeit verabschiedet und die Tätigen zunehmend unter Druck setzt. Wer jeden Schritt dokumentieren muss, der hat weniger Zeit für die tatsächliche Arbeit, wer unter den Abgaben zusammenbricht,

ist nicht mehr arbeitsfähig, wer verzweifelt nach jungen Leuten sucht, die den Meisterbrief dem Abitur vorziehen oder keinen Nachfolger findet, der sich das alles antun will, der gibt das Unternehmen auf. Und so stirbt Deutschland jeden Tag ein Stückchen mehr.

Fangen wir wieder damit an, unseren Mittelstand als das zu begreifen, was er ist: Der Motor des Landes, der gepflegt und geachtet werden muss.

Nadine Hoffmann



Foto: Pixabay / 2211438

Die Hintergründe linker Panikmache

Sprache prägt das Denken. Wem es gelingt, mit schlüssigen Begriffen Schlagzeilen zu gestalten, der dominiert die politische Diskussion. Dumm nur, wenn die Begriffe bei näherem Hinsehen keineswegs mehr so schlüssig sind, wie sie scheinen.

„Klimakatastrophe“

Schuldgefühle haben Hochkonjunktur: So muss es gleich das Schicksal der ganzen Welt sein, das den deutschen Autofahrern, Energieverbrauchern und Urlaubsreisenden angelastet wird – wenn diese nicht bald ihr Verhalten änderten, so die verquere Logik, hätten sie Schuld an Temperatursteigerungen, Überschwemmungen, Naturkatastrophen und der Verödung ganzer Landstriche. Dass gerade die CO₂-Bilanz der vielfliegenden grünen Bevormundungslobbyisten übel aussieht, fällt dabei offenbar nicht ins Gewicht.

Man weiß nicht, wo man angesichts derartiger Denkmuster ansetzen sollte: An der quasireligiösen Konstruktion von Schuld, klimatischem Fegefeuer und Ablasszahlungen, an der Naivität, Selbstgerechtigkeit und Realitätsvergessenheit oder schlicht an der bewussten Vermischung von Themen wie Wetter und Klima.

Zur Erinnerung: Deutschland macht etwa 2% der weltweiten CO₂-Emission aus und ist mit seiner gescheiterten Verkehrs- und Energiepolitik alles andere als ein Vorbild für andere Staaten, deren Automobilproduzenten enorm vom grünen Feldzug gegen ihre deutschen Konkurrenten profitieren.



Foto: Pixabay / Gerd Altmann

Die dunkelgrüne Panikmache greift auf eine Klimawissenschaft zurück, deren Ergebnisse nur dann medial verbreitet werden, wenn sie als Legitimation für die völlig verfehlte Energiepolitik der staatlichen Auftraggeber genutzt werden können. Dass dabei einige Fakten subjektiv interpretiert, andere hingegen ignoriert werden, ist nicht verwunderlich. Und so entsteht aus jedem Wirbelsturm, aus jedem heißen Sommer die Forderung, dem Staat noch mehr Mittel in die Hand zu geben, die Menschen zu maßregeln, zu bevormunden, zu besteuern und bürokratischen Zwangsmaßnahmen zu unterwerfen.

Wenn die ständig propagierte „Klimakatastrophe“ sich als ebenso katastrophal erweisen sollte, wie die bisherigen, grünen Hysterien der Vergangenheit, etwa das „Waldster-

ben“ der 80er Jahre (ausgeblieben) oder das „Ozonloch“ der 90er Jahre (verschwunden), besteht wahrlich kein Grund zur Panik.

„Rechtsruck“

Zu den politischen Standardphrasen der Republik gehört die Aussage, wonach es „rechts der Union“ keine Partei geben dürfe. Mit vereinten Kräften schlugen die Meinungsmacher der Altparteien auf die AfD ein. Weil es aber nicht gelang, deren Aufstieg zu verhindern, schuf man sich ein neues Bild – jenes vom „Rechtsruck“, der angeblich bereits 2013 mit der Gründung der AfD begann. Die Führungsebene der Partei setzte sich damals übrigens aus Wirtschaftsexperten und ehemaligen Angehörigen der CDU zusammen, die die widersinnige und, wie wir heute wissen, völlig gescheiterte EU-Finanzpolitik auf Kosten des deutschen Steuerzahlers ablehnten.

Mit der Legende vom „Rechtsruck“ entfalteten die Altparteien zumindest jenen Elan, den sie bei ihrer Regierungstätigkeit so schmerzlich haben vermissen lassen. Dennoch konnten auch die lautesten und abwegigsten Vorwürfe in Richtung AfD kaum die Tatsache verbergen, dass das gesamte Parteiensystem eine jahrzehntelange Linksdrift durchlaufen hatte. Viele Wähler fühlten sich nicht mehr von einer CDU repräsentiert, die sich bei Linksextremisten anbietet, die deren Vokabular übernimmt und ganze Regionen diffamiert – und die sich dann über die berechtigte Antwort der Wähler wundert.

„Hetzjagd“

Die Affäre um die Auseinandersetzung in Chemnitz zeigte, dass die Regierung sich ihre Wahrheiten höchst selektiv zusammensucht und nicht bereit ist, sachkundige Kritik auch nur anzuhören. Dass dabei die Falschmeldungen linker Medienportale aufgegriffen und über Regierungskanäle verbreitet wurden, schien die Kanzlerin und ihren Stab nicht zu beunruhigen, wählte sie sich doch selbstgerecht auf der gleichen Seite im Kampf gegen „rechts“.

Der Widerspruch gegen die offizielle Falschdarstellung, wie er von Seiten des ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen geäußert wurde, führte nicht etwa zum Eingeständnis und der Korrektur eines schweren politischen Fehlers, sondern zur Entlassung des unbequemen Mahners. Dass der Sachverhalt inzwischen längst aufgeklärt und die Darstellung der Bundesregierung widerlegt ist, wurde dagegen ignoriert.

Zumindest offenbarte die Affäre die enge Verflechtung der Regierungspolitik mit linken Kreisen – und führte dazu, dass wenigstens einige sächsische Unionspolitiker klar Stellung bezogen und sich zusammen mit der AfD gegen die Verleumdung ihrer Heimat aussprachen – dies vor allem, weil sie das Ausmaß der drohenden CDU-Wahlniederlagen begrenzen wollten.

Wolfgang Klinghammer

Das Versagen der Landesregierung

- Vernachlässigung des Bildungssektors: eklatanter Lehrermangel, massive Unterrichtsausfälle, Abschaffung von Förderschulen, Zerstörung des leistungsbezogenen, gegliederten Schulsystems, Überlastung der Lehrer durch Inklusion und Integration.
- Zunahme der Kriminalität, insbesondere der Gewaltkriminalität, durch die von Bodo Ramelow mit „Inshallah“ begrüßte Welle von Einwanderern.
- „Energiewende“ zu Lasten der Bürger: Anstieg der Strompreise, Rodung von Waldgebieten, Zerstörung der Natur und Gefährdung zahlreicher Tierarten, um leistungsschwache Windräder zu errichten.
- Einseitiger „Kampf gegen rechts“ statt umfassendem Kampf gegen rechten, linken und Ausländer-Extremismus. Keine Abgrenzung von linksextremistischer und islamischer Gewalt.
- Unterstützung wissenschaftlich nicht haltbarer Gender-Ideologien statt Umsetzung von bürger- und familienfreundlicher Politik.
- Forderung nach einer „neuen deutschen Nationalhymne“.
- De facto-Aussetzung legaler Abschiebungen, die zur Wirkungslosigkeit rechtsstaatlicher Regelungen führt.

Die grüne Heuchelei



Foto: Pixabay / Hannes Rohringer

Dank der grünen Omnipräsenz in den öffentlich-rechtlichen Medien hat sich das gesellschaftliche Klima verändert: Es wird Angst verbreitet und Dummheit demonstriert, gerne freitags. Das ist Absicht, da die Grünen auf diese Weise von den Folgen ihrer Agenda ablenken können. Denn diese Folgen sind es, die in Wahrheit zum Fürchten sind.

Geht es nach der grünen Umweltministerin Thüringens, wird der Windkraftausbau vorangetrieben. Das heißt im Klartext, dass Natur für Windparkanlagen geopfert wird, Flächen versiegelt werden, Wälder gerodet. Dafür wurden sogenannte Windvorranggebiete ausgemacht oder bereits geplant. In der Bevölkerung wächst der Widerstand dagegen. Das wundert nicht. So liegen die im Süden Thüringens als W-6 und W-7 bezeichneten Prüfflächen im Kleinen Thüringer Wald, Prüffläche W-4 befindet sich im Wartburgkreis nahe der Rhön, auch in Ostthüringen wurden Präferenzflächen im Wald erstellt. Ein ideologischer Irrsinn sondergleichen: Der CO₂-Speicher Wald wird platt gemacht, im Namen des grünen „Klimaschutzes“. Bäume mit einer wesentlich längeren Lebenszeit als die Laufzeit der Windräder werden abgeholzt. Von der desaströsen CO₂-Bilanz bei der Herstellung der Windräder und der inhumanen Beschaffung seltener Metalle zur Produktion der Windkraftanlagen ganz zu

schweigen. Der Boden der Gebiete, die für den Ausbau erhalten sollen, wird bis zu einer Tiefe von etwa 30 Metern abgetragen und mit tausenden Tonnen Fundament gefüllt, auf denen das riesige Windrad steht. Die Betreiber und die Befürworter dieses Wahnsinns reden von einer anschließenden Renaturierung, aber meist werden die Windräder nach ein paar Jahren höher gebaut und die alten Rotorblätter landen auf dem Sondermüll. Sind die Anlagen in Betrieb, erweisen sie sich als Vogelschredder, als Bedrohung für geschützte Tierarten wie den Rotmilan, sie töten Fledermäuse und Insekten und können Lebewesen durch Infraschall krank machen. Dies ist kein Klimaschutz, das ist schlicht ein skrupelloses Geschäftsmodell für Investoren, deren Kassen klingeln. So sieht grüne Politik im realen Leben aus: Unglaublich, unsozial und schädlich. Und für ein Bundesland wie Thüringen, das auch vom Tourismus lebt, wäre dies ein landschaftlicher und wirtschaftlicher Todesstoß.

Die auf das Konto der Grünen und der von ihnen „inspirierten Verantwortungsträger“ gehende Energiewende fordert zudem kilometerlange Stromtrassen durch Deutschland, um den per Windkraft im Norden erzeugten Strom in den Süden zu transportieren (bekannt als SuedLink). Erdkabel sollen quer durch das Land gezogen werden, wobei der circa 40 Meter breite Vorzugs-

korridor durch Thüringen führt. Auf diesen Trassen, oder besser gesagt auf diesen Schneisen durch die Natur, darf weder gebaut noch Baumbestand angepflanzt werden. Was das für die Betroffenen und die Umwelt bedeutet, nämlich eine Zerstörung ungleichen Ausmaßes, wird von den Energiewende-Propagandisten ignoriert. Wie auch der durch das EEG verteuerte Strompreis, den sich die besserbetuchten Grünenanhänger freilich leisten können.

Und jetzt soll es eine neue Steuer für die deutschen Bürger geben, auf 0,04% CO₂ in der Luft. Weil „wir“ im Alleingang etwas gegen den Klimawandel tun müssten, von dem die Energiewende-Profiteure behaupten, dass er ausschließlich menschengemacht sei. CO₂-Bepreisung nennt sich die Luftsteuer verniedlichend, gewürzt mit Phrasen wie Inlandsflugverbot und Konsumverzicht. Auch hier wieder als lauteste und dümmste Schreihäse vorne dabei: Die grüne Vielfliegerpartei.

Diese gezielte Verdummung durch grünen Neusprech wie „Klimakatastrophe“ mag bei weltfremden Jugendlichen und saturierten Grünenwählern funktionieren, aber nicht bei Leuten mit gesundem Menschenverstand. Vogelschlag, Insektensterben, Infraschall, Stromtrassen usw. sind die Konsequenzen des Umweltschutzes auf Grünen-Art. Umweltschutz? Richtig, es ist keiner, es ist das

Gegenteil, es ist zerstörerisches Agieren zu Lasten der Bürger und der Natur!

Die Grünen sind damit die größten Lügner und gefährlichsten Heuchler auf der politischen Bühne. Die Katastrophe, welche die Grünen gebetsmühlenartig heraufbeschwören, sind sie selbst. Sie gehören von jedweder politischen Verantwortung fern gehalten. Zum Wohle der Menschen und der Natur dieses Landes – unseres Landes Thüringen, dem grünen Herz Deutschlands.

Nadine Hoffmann

Quelle Grafik: AfD-Landesverband Thüringen



Starke Familien

in einem kinderfreundlichen Thüringen

„Wir bekennen uns zur traditionellen Familie aus Vater, Mutter und Kind(ern).“ Diese Aussage aus dem Landtagswahlprogramm der AfD Thüringen war bis vor einigen Jahren eine der Selbstverständlichkeiten unserer Gesellschaft. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Umso wichtiger ist es heutzutage, dieses Bekenntnis immer wieder zu bekräftigen.

Um eins gleich vorweg zu nehmen: Diese Aussage der AfD richtet sich nicht gegen andere Lebensformen in der Privatsphäre des Einzelnen, aber für die AfD als politisch gestaltende Kraft ist die Sicherung des Zusammenlebens und der Zukunft unserer Gesellschaft nur auf der Basis der traditionellen Familien möglich.

Unsere Kinder sind Lebensinhalt, sie sind unsere Zukunft und dürfen nicht als Kostenfaktor und schon gar nicht als Beiwerk für buntgemischte „Alles-Mögliche-Familien“ betrachtet werden. Es gibt kein Recht auf Kinder, aber die Kinder haben ein Recht auf ihre Eltern, auf ein behütetes Leben, eine liebevolle Betreuung, Erziehung und Bildung. Kleinkinder brauchen besonders in den ersten Lebensmonaten und -jahren Geborgenheit, Zuwendung

und Vertrauen. Dazu ist das familiäre Umfeld am besten geeignet. Eine wirkliche aktivierende Familienpolitik darf sich nicht auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschränken, sondern geht weit darüber hinaus.

So möchte die AfD die Wahlfreiheit zur Betreuung im frühkindlichen Alter bis zu 3 Jahren umsetzen. Feminist*Innen und Genderideolog*Innen wittern jetzt schon die Schlagzeile, wonach die AfD die Väter und vor allem die „Mütter an den heimischen Herd ketten“ will. Doch das ist Unsinn.

Es muss in Thüringen wieder möglich werden, dass Familien mit kleinen Kindern von einem Arbeitseinkommen leben und sich auf dieser Basis frei von ökonomischen Zwängen entscheiden können, ob sie ihr Kleinkind in den ersten 3 Lebensjahren zu Hause betreuen möchten oder nicht. Zur Existenzsicherung soll schrittweise ein Familiengeld in angemessener Höhe eingeführt werden. Das von der jetzigen rot-rot-grünen Landesregierung abgeschaffte Landeserziehungsgeld für Kinder, die nach dem 30. Juni 2015 geboren wurden, ist der völlig falsche Weg und das Gegenteil

zur zukunftsweisenden Familienpolitik der AfD.

Im Mittelpunkt der Kindergartenbetreuung der etwas älteren Kinder stehen altersgerechtes Spielen und kindgerechtes Lernen in der Bewahrung und Fortsetzung der Kinderpädagogik nach Friedrich Fröbel, der damit weltweite Anerkennung erlangte.

Die AfD wendet sich entschieden gegen die Frühsexualisierung im Kindesalter und gegen jegliche ideologische Beeinflussung wie sie zum Beispiel in der Handreichung „Ene, meine, muh und raus bist Du“ zu finden ist. Dieses Machwerk der berühmten „Amadeu-Antonio-Stiftung“ – „geadelt“ durch ein Geleitwort der Bundesfamilienministerin – beschreibt nicht nur umfangreiche Lerninhalte zu sexueller Vielfalt.

Vermittelt werden auch Handlungsrichtlinien zum Umgang mit vermeintlich rechtsextremen Eltern, die sich daran erkennen ließen, dass ihre Tochter Kleider und Zöpfe trägt und zu Hause zu Haus- und Handarbeiten angeleitet und der Sohn stark körperlich gefordert wird. So etwas hat in Kindergärten und Schulen nichts zu suchen!

Das von Rot-Rot-Grün mit viel medienwirksamem Getöse eingeführte betragsfreie letzte „Kita-Jahr“ hält dem Praxistest nicht stand. Die AfD befürwortet selbstverständlich eine Gebührensenkung, aber nur dann, wenn die Eltern nicht durch die Hintertür, zum Beispiel durch steigende Nebenkosten oder höhere Gebühren für die anderen Betreuungszeiten wieder zur Kasse gebeten werden.

Mit ihren vielfältigen Vorschlägen steht die AfD für einen Neustart in der Familien- und Sozialpolitik. An allererster Stelle geht es dabei immer um Wertschätzung: für die Familien, die ihre Kinder zu verantwortungsbewussten jungen Menschen erziehen, für Menschen, die mit ihrer Arbeit unmittelbar im Dienste der Menschen stehen, wie zum Beispiel Kindergärtnerinnen oder Kranken- und Altenpfleger.

Und selbstverständlich Wertschätzung für die älteren Generationen, die mit viel Arbeit und Fleiß unser Land aufgebaut haben.

Birgit Noll



Foto: Pixabay / Pexels

Für Kontinuität, Verlässlichkeit und Schulfrieden

Die Ausgangslage im Politikfeld „Bildung“ in Deutschland im Jahr 2019 ist bedrückend. Ein nach wie vor eklatanter Lehrermangel führte in Thüringen zu erheblichem Unterrichtsausfall und in der Folge dazu, dass Schüler in 644 Schulklassen in manchen Fächern keine Noten auf dem letzten Halbjahreszeugnis bekamen. Geht man von einer Klassenstärke von nur 20 Kindern aus, sind ca. 13.000 Schüler davon betroffen. Obwohl bisher keine genauen Daten vorliegen, ist davon auszugehen, dass die Situation zum Schuljahreszeugnis 2018/2019 nicht grundlegend anders war, denn im 2. Schulhalbjahr waren auch nicht mehr Lehrer vorhanden. Bereits im Frühjahr meldete zum Beispiel das Schulamt Südthüringen, dass in 19 Klassen in einzelnen Fächern keine Noten auf dem Schuljahreszeugnis zu erwarten sind. Wenige Tage vor Beginn des neuen Schuljahres ist der Tageszeitung zu entnehmen, dass bis Anfang August von den für dieses Jahr geplanten 1.200 Neueinstellungen erst 850 Lehrer eingestellt wurden.

Doch damit nicht genug: Bildungsexperimente verunsichern Schüler, Lehrer und Eltern. Integration und Inklusion sind die Schlagwörter unserer Zeit, wenn es um das Bildungswesen geht. Lehrer müssen zunehmend mehr Aufgaben übernehmen, die mit der eigentlichen Wissensvermittlung nichts zu tun haben; sei es Erziehungsarbeit nachzuholen, grundlegende Deutschkenntnisse zu vermitteln oder aber eine Vielzahl bürokratischer Anforderungen zu bewältigen. Das leistungsbezogene gegliederte Schulsystem wird mit Zielrichtung Gemeinschaftsschule zerstört, die Förderschulen sollen abgeschafft werden. Unterrichtsmethoden wie „Lesen durch Schreiben“, verschiedene Ideologieprojekte für „Demokra-



Quelle Grafik: AfD-Landesverband Thüringen

tie, Toleranz (und Sonstnochwas)“ sowie Frühsexualisierung kommen hinzu.

Mancherorts wird die Schließung von Schulen befürchtet, die die von der rot-rot-grünen Landesregierung vorgegebenen Mindestschülerzahlen nicht erreichen. Die von verschie-

denen Medien zitierte Aussage des linken Bildungsministers Helmut Holter aus dem Jahr 2018: „Keine Schule wird geschlossen“ ist daher nur schöner Schein und hilft den Betroffenen wenig. Besonders im ländlichen Raum müssen aber aus Sicht der AfD die Schulen erhalten bleiben.

Bildung bedeutet die Vermittlung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten. Fachkenntnisse scheinen manchen Vertretern der Thüringer Landesregierung nicht so wichtig zu sein, werden doch in der bildungspolitischen Debatte die Fachlehrer oftmals zu „Lernbegleitern“ degradiert, die es kaum noch wagen, eine natürliche Autorität an den Tag zu legen. Die Folgen der weitgehend illegalen Masseneinwanderung führen zu weiteren Belastungen an unseren Schulen.

„Die AfD Thüringen steht für eine Bildungs- und Wissenschaftspolitik, die sich an eigenen, bewährten Kulturtraditionen und am gesunden Menschenverstand orientiert“, so das aktuelle Landtagswahlprogramm.

Die AfD setzt sich ein für ein differenziertes und gegliedertes Schulsystem mit Bildungsstandards auf höchstem Niveau und einem Leistungsprinzip in allen Klassenstufen. Förderschulen sollen erhalten und ausgebaut werden: Im Mittelpunkt steht das Wohl der Kinder, die entsprechend ihrer individuellen Bedürfnisse optimal gefördert werden müssen. Zu den Eckpunkten des Thüringer Bildungsplanes der AfD gehört außerdem die Förderung Hochbegabter in Spezialgymnasien, deren Besuch nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein darf.

Die Regelschule muss das Herzstück des Thüringer Bildungssystems mit umfassender Berufsorientierung werden und damit die Basis für eine qualitativ gute duale Ausbildung. Sie hilft den jungen Menschen mit einem guten Berufsstart in Thüringen Fuß zu fassen und dem Mittelstand im Freistaat seine Fachkräfte zu finden.

Und was wird aus dem gravierenden Lehrermangel? Ohne Tricks und statistische Spielereien muss der tatsächliche Bedarf an den Thüringer Schulen ermittelt werden. Die zumindest vorübergehende Beschäftigung von Seiteneinsteigern zur Absicherung des Schulunterrichts wird notwendig sein, eine entsprechende Weiterbildung vorausgesetzt. Mittel- und langfristig soll Thüringen zum lehrerfreundlichsten Bundesland und der Lehrerberuf wieder attraktiv gemacht werden. Ideen dafür haben wir genug – und auch den Willen zur Veränderung.

Birgit Noll



Foto: Pixabay / Juraj Varga

Werden Sie Beobachter oder Wahlhelfer!

Wahlbetrug verhindern

Die in letzter Zeit in die Öffentlichkeit geratenen Fälle von Wahlbetrug gingen fast ausschließlich zu Lasten der AfD. Deshalb ist es im Oktober zur Landtagswahl besonders wichtig, dass sich Viele als Wahlbeobachter oder Wahlhelfer betätigen, um flächendeckende Beobachtung zu gewährleisten.

Wie genau können Sie mitmachen? Zum einen kann man als Wahlbeobachter und zum anderen als Wahlhelfer die Demokratie schützen.

Wahlbeobachtung ist die Prüfung der Wahlen und der Stimmauszählungen. Jeder Bürger hat das Recht, den Wahlen und der Stimmauszählung beizuwohnen, denn diese sind öffentlich, vorausgesetzt, die Wähler und der Wahlvorstand werden nicht gestört. Mit dem Öffnen der Wahlräume dürfen Sie anwesend sein. Ab 18 Uhr können Sie dann die

Stimmauszählung beobachten. Hier empfiehlt es sich, Zettel und Stift mitzubringen und die Ergebnisse festzuhalten. Die Gesamtzahl abgegebener Stimmen (wie auch der ungültigen) wird bekanntgegeben und muss mit der Summe der Ergebnisse aller Parteien übereinstimmen. Bemerken Sie Ungereimtheiten, notieren Sie diese genau und melden es dem Wahlvorsteher bzw. seinen Vertretern und anschließend uns. Enorm wichtig sind die Briefwahllokale. Denn die Vergangenheit hat gezeigt, dass vor allem bei der Auszählung der Briefwahlunterlagen manipuliert wurde. Die Briefwahlunterlagen werden in den entsprechenden Lokalen angeliefert und dann in die Urnen überführt. Auch dies dürfen Sie beobachten.

Die andere Möglichkeit der Kontrolle ist, sich als Wahlhelfer bei der Wahlbehörde zu melden. Diese

Tätigkeit ist ehrenamtlich, Sie erhalten dafür jedoch eine Aufwandsentschädigung. Als Wahlhelfer sind Sie neben dem Wahlvorsteher Teil des oben beschriebenen Wahlvorstandes und sorgen unter anderem dafür, dass die Stimmzettel an die Wahlberechtigten ausgegeben werden. Wichtig ist, dass Sie sich rechtzeitig beim zuständigen Wahlamt melden. Manchmal erstellt die Gemeinde auch einen Aushang, um Wahlhelfer zu finden.

Das Wahlamt wiederum kann Sie nur mit ausreichender Begründung als Wahlhelfer ausschließen. Natürlich können Sie sich auch in einem Briefwahllokal als Wahlhelfer engagieren. Auch hier gilt wie bei der Wahlbeobachtung, dass Sie nicht notwendigerweise in das Wahllokal gehen müssen, in welchem Sie als Wähler registriert sind. Trauen Sie sich! Der Wähler wird es Ihnen danken.

Wie Sie sehen, so ein Wahltag ist in vieler Hinsicht spannend. Aber unser Thüringen ist es wert, oder?! Wir alle wollen doch, dass der Wählerwille korrekt abgebildet wird. Und dafür muss Sorge getragen werden. Die Wahlbeobachtung und der Dienst als Wahlhelfer sind dabei unsere Möglichkeiten und Rechte, die wir wahrnehmen sollten.

Wenn Sie weitergehende Informationen wünschen oder vielleicht Gleichgesinnte suchen, dann kontaktieren Sie gerne Ihren Kreisvorstand oder melden sich unter: wahlhilfe@afd-thueringen.de, dadurch kann eine Koordinierung erfolgen.

Die Kreisverbände und der Landesverband bedanken sich im Voraus dafür.

Nadine Hoffmann

SPENDE FÜR DIE WENDE!
MACH DIE AfD ZUR STÄRKSTEN KRAFT!

IBAN: DE51 8405 1010 1010 0693 02
BIC: HELADEF11K
SPARKASSE ARNSTADT-ILMENAU
VERWENDUNGSZWECK: »LANDTAGSWAHL 2019«

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Impressum

www.thueringenpost.de · info@thueringenpost.de
Alternative für Deutschland, LV Thüringen,
Birgit Noll, Alte Chaussee 87, 99097 Erfurt-Waltersleben
Informationen: www.afd-thueringen.de · www.facebook.com/AfD.Thueringen

Die AfD ist eine demokratische, verfassungskonforme Partei Deutschlands. Mitglieder müssen versichern, dass sie keiner rechtsextremen, linksextremen oder ausländerefeindlichen Organisation angehören und sich vorbehaltlos zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen.

